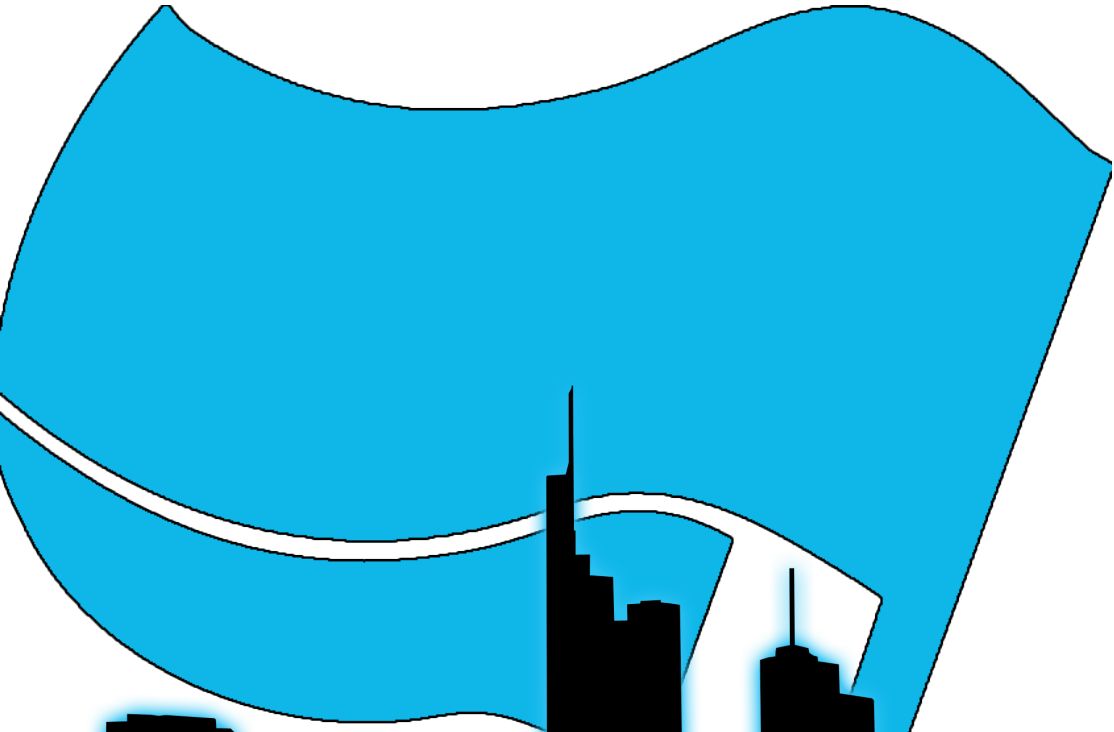


CAMPUSANTIFA

PRESENTS



“DER ERSTSEMESTER-GUIDE”
ZUM WINTERSEMESTER 08/09

Willkommen in Frankfurt!

Da Dich diese Broschüre erreicht hat, hast du mit großer Wahrscheinlichkeit ein Studium an der Frankfurter Uni angefangen, und bist vielleicht sogar neu in der Stadt. Umstände, die allerlei Fragen aufwerfen, nicht zuletzt:

wie sich dieses Studentenleben nun konkret gestalten und bewältigen lässt, wo man am besten feiert, wie man den Kapitalismus überwindet, warum Menschen ernsthaft das Wort „Kommiliton/in“ benutzen oder wie man völlig planlos doch noch die Prüfung besteht... Auf viele dieser Fragen haben wir auch noch keine Antwort gefunden, wünschen euch aber trotzdem viel Spaß bei der Lektüre dieser Seiten.

Oktober 2008,
campusAntifa

ANWESENHEITSLISTEN
BOYKOTTIEREN!



„Wo bin ich?“

Zu Beginn der Studienzeit fährt die Uni ein Angebot an Dienstleistungen auf, das den neuen Mitgliedern eine erste Übersicht über den Campus, die Gebäude und Institute, aber auch über die Funktionsweise des gewählten Studiengangs und die Verhaltenweisen gibt, die dem altherwürdigen Komplex angemessen sind. Das hier soll keine solche Dienstleistung sein, sondern eine Anregung dazu, sich einmal ein paar Fragen zu stellen: Wo bin ich?, oder – da das zusammen besser geht: Wo sind wir? Was passiert hier mit uns? Was wird hier von uns erwartet? Und nicht zuletzt: Was will ich/wollen wir eigentlich hier?

Einleitung

Einer der ersten Sätze, die mensch zu Beginn des Studiums an der Goethe-Uni um die Ohren gehauen bekommt, ist wahrscheinlich der: Die Goethe-Uni ist seit dem 01.01.2008 eine Stiftung öffentlichen Rechts.

Exkurs: Stiftungsuniversität

Als Stiftung öffentlichen Rechts unterliegt die Goethe-Uni zwar weiterhin dem Landesrecht, doch der Staat zieht sich aus der sogenannten Detailsteuerung zurück, d.h. die Uni kann nun unabhängig vom Land über folgende Bereiche entscheiden: Sie beruft eigenständig ihre Professorinnen und Professoren; sie kann ihre Studierenden selber auswählen; sie wird Dienstherrin bzw. Arbeitgeberin ihrer Beschäftigten (und kann somit eigenständig Tarifverträge mit ihren Beschäftigten aushandeln); sie wird Eigentümerin der von ihr genutzten Liegenschaften und bewirtschaftet diese in eigener Verantwortung. Zudem entfallen eine Vielzahl staatlicher Zustimmungs- und Genehmigungsvorbehalte wie auch die Fachaufsicht (vgl. FAZ, 25.01.08).

Diese – wie Uni-Präsident Steinberg nicht müde wird zu betonen – „einzigartige Gestalt“ der Goethe-Uni ist einerseits Resultat der Forderungen und Praxisanweisungen, die im hochschulpolitischen Diskurs im Grunde schon seit den 90er Jahren propagiert wurden, in dem Autonomie und Effizienz als die höchsten Kriterien gelungener Hochschulsteuerung gelten, und andererseits auch Voraussetzung dafür, die weitergehenden aktuellen Anforderungen, wie sie aus dem Bologna-Prozess aber auch aus den Verstrickungen in den internationalen Bildungsmarkt entspringen, so zu bewältigen, wie es einer neoliberalen Hochschulpolitik als richtig gilt. So gesehen kann die Umwandlung der Goethe-Uni in eine Stiftung öffentlichen Rechts als Zuspitzung genereller Tendenzen in der Hochschulpolitik betrachtet werden – Tendenzen, die aus einem spezifischen hochschulpolitischen Diskurs erwachsen.

¹ Zitat aus einer Reihe von Filmen, in denen jemand bewusstlos geschlagen und an einen anderen Ort verschleppt wird, an dem er/sie/es wieder zu Bewusstsein kommt.

Der Diskurs

Paradigmatisch für diesen Diskurs war wohl das Urteil von Dieter Simon, dem ehemaligen Chef des Wissenschaftsrats, die Universitäten seien „im Kern verrottet“: zu wenig Geld, zu wenig Professoren und eine lähmende Staatsbürokratie. Die so diagnostizierte Situation war Resultat der Hochschulreformen der 70er Jahre, in denen versucht wurde, drei in Konflikt miteinander stehende Momente zu vereinbaren:

erstens die Forderung nach staatlicher Wissenschaftsplanung mittels politisch-rechtlicher Normen, zweitens die aus dem 19. Jahrhundert stammende Tradition der akademischen Selbstverwaltung durch die Professorenschaft und drittens den aus der Studentenbewegung resultierenden Demokratisierungsdruck. Letztlich führten die Reformen der 70er Jahre dazu, dass das alte Modell der Ordinariuniversität abgelöst wurde durch das Modell der professorendominierten Gruppenuniversität.

Nach einer Phase der Bildungsexpansion kam es dann 1977 angesichts der ökonomischen Strukturkrise Mitte der 70er Jahre zum sogenannten „Doppelbeschluss“ – Ministerpräsidenten, Kultus- und Finanzminister entschieden sich zwar einerseits, die Hochschulen weiter für möglichst viele Studierende offen zu halten, aber andererseits auch dazu, die Finanzmittel auf dem damaligen Stand einzufrieren. Dass die Unis einige Jahre später mit zu wenig Geld und zu wenig ProfessorInnen² ausgestattet sind, kann so kaum überraschen.

Seit den 90er Jahren scheint nun in den hochschulpolitischen Führungsetagen ein relativer Konsens darüber zu bestehen, dass die aus dem Doppelbeschluss resultierende Überlastung durch ein effizienteres Wirtschaften der Unis lediglich mit den vorhandenen Ressourcen bearbeitet werden müsse. Hierzu sei eine verstärkt markt- und wettbewerbsförmige Steuerung der Hochschulen notwendig, die zugleich dazu dient, private Geldquellen zu erschließen (Drittmittel, Sponsoring, Studiengebühren, etc.).

Die Umstrukturierungen der Universitäten finden damit vor dem Hintergrund eines neuen Finanzierungsmodells der Universitäten statt: „Um wettbewerbliche Stimulierung und Effizienzsteigerung in eine sich selbst tragende Prozessdynamik zu überführen, welche nicht mehr permanenter staatlicher Intervention bedarf, ist eine grundlegende Umwandlung der traditionellen Hochschulstrukturen erforderlich.

Kern dieser Umwandlung ist eine Umstellung der staatlichen Finanzierung vom ‚input-orientierte(n) Steuerungskonzept des bürokratischen Modells‘ zu einer ‚output-orientierte(n) Steuerung‘³.

² Dass es an den Unis zu wenig Professorinnen gibt, liegt natürlich nicht an der mangelnden finanziellen Ausstattung, sondern an der in den staatlichen Institutionen vorherrschenden Geschlechterhierarchie.

³ Brinkmann, Hans (1998): Die neue Freiheit der Universität Berlin.

In anderen Worten:

Bisher war die Bemessungsgrundlage staatlicher Finanzzuteilung im wesentlichen der Grad der Auslastung (Studienplatznachfrage) bzw. die Beanspruchung qua Status (Professur). Dieser Mechanismus soll in Richtung ‚Leistungsorientierung‘ umgebaut werden“⁴. Eine solche Leistungsorientierung steht allerdings vor einem praktischen Problem: es muss zunächst mal einerseits festgelegt werden, was überhaupt als Leistung gelten soll und andererseits, wie diese Leistung gemessen wird, um die Unis im Wettbewerb zu vergleichen. Als Leistungskriterium und damit Bemessungsgrundlage für die staatliche Mittelzuweisung beliebt ist bspw. die Höhe der Absolventenzahlen (Anzahl der Studienabschlüsse aber auch Anzahl der Promotionen).

Beim Leistungskriterium der Absolventenzahlen reicht jedoch ein bloßes Zählen der Abschlüsse, also ihre bloße Quantität, nicht aus. Als Ausbildungsstätte einer kapitalistischen Gesellschaft hat die Uni natürlich auch die Aufgabe qualifizierte Arbeitskräfte zu produzieren.

Das bedeutet jedoch, dass der Wettbewerb zwischen den Unis auch über den Parameter der Qualität der von ihnen verliehenen Abschlüsse stattfindet, die Abschlüsse also auch qualitativ vergleichbar sein müssen – und das nicht nur auf nationaler Ebene. Im Zuge der Transnationalisierung der Kapitalverwertung sind viele Staaten dazu übergegangen, die Arbeitsmärkte zu öffnen, insbesondere für qualifizierte Arbeitskräfte.

D.h. auch auf internationaler Ebene müssen die an den Unis erworbenen Abschlüsse *qualitativ* vergleichbar sein. Diese Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene herzustellen, ist eines der wesentlichen Ziele des 1999 initiierten Bologna-Prozesses, der bis 2010 zu einem einheitlichen europäischen Hochschulraum führen soll, u.a. über die Einführung der Bachelor-/Master-Studiengänge. Neben der „Schaffung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, eines zweistufigen Systems von Studienabschlüssen und [...] Einführung eines Leistungspunktesystems“ sollten in diesem Rahmen „Mobilitätshemmnisse beseitigt, gemeinsame Initiativen zur Qualitätssicherung auf den Weg gebracht und die europäische Dimension der Hochschulbildung gefördert werden“

(vgl. Nele Hirsch: <http://www.linksnet.de/de/artikel/21217>).

Dass der Bologna-Prozess auf der Nachfolge-Konferenz in Berlin 2003 mit der Lissabonner-Strategie verknüpft wurde, mit der das Ziel verfolgt wird, Europa zur „most competitive and dynamic knowledge-based economy in the world“⁵ auszubauen, verweist darauf, dass der gegenwärtige Umbau der Universitäten nur adäquat vor dem Hintergrund des Wandels des globalen Kapitalismus verstanden werden kann – eine Einordnung, die in der hier gegebenen Kürze jedoch nicht möglich ist.

⁴Bultmann, Torsten (2002): Hochschulunternehmen auf dem Wissensmarkt. Tendenzen und Widersprüche der aktuellen Hochschulreform, in: Widersprüche, Heft 83.

⁵Berlin Communiqué (2003): Realising the European Higher Education Area, Conference of Ministers responsible for Higher Education, Berlin, on 19 September: 2

Kommen wir deshalb zurück zum leistungsorientierten Umbau der Universitäten: Mit ihm nähert sich ihre Organisationsform derjenigen von Dienstleistungsbetrieben in mehrerlei Hinsicht an, von denen hier zumindest zwei erwähnt seien:

1. Entdemokratisierung oder: der Despotismus des Universitätssystems

Zu der Armada von Schlagwörtern, die sich im aktuellen hochschulpolitischen Diskurs zum Angriff auf jeglichen noch verbliebenen Nervenstrang formiert, gehört neben denen von Wettbewerb und Effizienz auch das der (Hochschul-)Autonomie. Klingt nett, meint aber, da zu so etwas wie Wettbewerb auch so etwas wie ‚unternehmerische Freiheit‘ gehört, nicht mehr als eben diese, und somit faktisch – wie in waschechten privatwirtschaftlichen Unternehmen – das gerade Gegenteil einer selbstbestimmten Verwaltung der Organisation durch alle ihre Mitglieder. Denn sie betrifft lediglich die Führungsetagen, hier also die Universitätsleitung. Diese wird mit immer weiter reichenden Entscheidungsbefugnissen ausgestattet, während insbesondere die Interessen von administrativ-technischen Beschäftigten, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden ins Hintertreffen geraten. Damit die Unileitung mit diesen Befugnissen keinen Unfug treibt, hat man ihr nun sachgemäß auch einen ‚Aufsichtsrat‘ zur Seite gestellt: den Hochschulrat (in manchen Bundesländern auch Universitätsrat genannt).

Exkurs: Der Hochschulrat

An der Goethe-Uni besteht dieses Gremium aus elf hochschulexternen Mitgliedern. Im Modell Stiftungsuni kommen ihm wesentliche Entscheidungskompetenzen zu: er muss der Grundordnung, den verschiedenen Satzungen (u.a. bzgl. der Hochschulzugangsberechtigung und der Berufungsverfahren) und dem Entwicklungsplan des Senats zustimmen. Er wirkt an der Bestellung der Mitglieder des Präsidiums und über eine Findungskommission an der Erarbeitung eines Wahlvorschlags für das Amt des Präsidenten mit. In Bezug auf grundsätzliche Angelegenheiten, insbesondere zu Fragen der Hochschulentwicklung, besitzt er ein Initiativrecht. Des Weiteren wird aus den Reihen des Hochschulrats ein Wirtschafts- und Finanzausschuss gebildet, der u.a. den Tarifverträgen der Uni zustimmen muss.

Dass mit dem Gremium des Hochschulrats der Despotismus des Universitätssystems fortgeschrieben wird, zeigt sich deutlich in der Geschäftordnung, die sich der Hochschulrat selbst gegeben hat (zu finden unter: <http://www.uni-frankfurt.de/org/ltg/grem/hsrat/index.html>).

Darin heißt es u.a., dass der Senat⁶, im Gegensatz zum Präsidium, nicht dazu befugt ist, Themen auf die Tagesordnung des Hochschulrats zu setzen.

⁶ also das Gremium an der Uni, in dem alle Statusgruppen vertreten sind: Professoren, administrativ-technische Beschäftigte, wissenschaftliche Mitarbeiter und Studierende)

Ein bezeichnendes Beispiel

Die These, dass das Modell Stiftungsuni ein Steuerungsmodell darstellt, in dessen Rahmen die neuen Anforderungen an die Hochschulen bestens erfüllt werden können, kann mit folgendem Beispiel gestützt werden: nach der Umwandlung der Uni in eine Stiftung öffentliche Rechts war es einer der ersten Beschlüsse des Senats, der Fachhochschulreife ihren Status als Zugangsberechtigung zur Uni abzuerkennen⁷, und zwar mit der mehr als wackeligen Begründung, Student_Innen mit Fachhochschulreife würden eine überdurchschnittliche Abbrecherquote aufweisen.

Da, wie oben dargestellt, die Absolventenzahlen zu einem gern genutzten Kriterium der Leistungsbemessung gehören, ergibt sich folgende Denkfigur: „Je mehr die Finanzierung direkt an Absolventenzahlen und nicht mehr allein an die Studierendenanzahl gekoppelt ist, desto eher ist zu erwarten, dass die Hochschulen ein zentrales Interesse entwickeln, ‚Eigenleistungen‘ durch ‚Fremdleistungen‘ zu verbessern, sprich durch Auswahl leistungsstarker Studierenden. Studierende, die betreuungsintensiv sind, die den Betriebsablauf stören oder hohe Abbrecherquoten vorweisen, schlagen als Kostenfaktor zu Buche und sind folglich ein ‚Wettbewerbsschaden‘“ (Hartmann 2004, S.571).

Mag die Begründung für die Entscheidung, die Fachhochschulreife als Zugangsberechtigung nicht mehr anzuerkennen wackelig gewesen sein, so verdeutlicht sie doch, welcher Wind durch die Entscheidungsgremien der Uni weht.

„Was machen Sie?“ – „Ich bin Kunde an der Uni.“

Angesichts dieser Situation scheint es uns wichtig, die Aufmerksamkeit auf die eigene Vorstellung vom Studium zu lenken. Denn der hochschulpolitische Diskurs bleibt auch hierfür nicht ohne Folgen.

Wenn die Unis sich heute als Dienstleistungsunternehmen präsentieren, die potentiellen Student_Innen als Kunden angerufen werden, denen die Möglichkeit geboten wird, in ihr „Humankapital“ zu investieren und die Studiengänge mit der Umstellung auf BA/MA den Charakter einer schulmäßigen Berufsausbildung bekommen, wird von den Student_Innen eine ganz bestimmte Verhaltenweise erwartet: die eines Konsumenten.

Dies beinhaltet einerseits, dass mensch an die gekaufte Dienstleistung einen gewissen Qualitätsanspruch heranträgt, dass es sich beim Studium also tatsächlich um eine berufsqualifizierende und auf dem Arbeitsmarkt gefragte Ausbildung handelt, praxisnahes Wissen vermittelt wird, soft skills gelehrt werden, etc.

⁷ Ein Beschluss, der – wie eben erwähnt – der Zustimmung durch den Hochschulrat bedarf, die dieser jedoch, nachdem er sich konstituiert hatte, auch prompt gab.

Andererseits verdammt das Konsumentenverhalten zur Passivität; wer nur wählt zwischen dem, was einem vorgesetzt wird – und diese Wahl beschränkt sich weitestgehend auf die Wahl des Studiengangs und die Wahl der Lehrveranstaltung, wobei jedoch gerade letztere immer stärker vordisstrukturiert und eingeschränkt wird – hat noch lange kein Wort mitzureden, wenn es um die Frage geht, wie Arbeitsprozesse gestaltet werden sollen (bspw. Wechsel von Unis zu LSF, Evaluationen, etc.). Hierbei haben letztlich Präsidium und Hochschulrat das Sagen.

Hier sollte mensch sich jedoch einmal mit der Frage auseinandersetzen, ob es nicht eine angenehmere und vor allem vernünftige Vorstellung vom Studium gibt als diese. Sollte nicht das eigene Interesse an eventuell auch nicht verwertbarem und nicht auf dem Arbeitsmarkt gefragtem Wissen im Vordergrund stehen? Sollte die Uni nicht ein Ort sein, an dem gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten hinterfragt und Möglichkeiten der Veränderung aufgezeigt werden, anstatt sich dem gesellschaftlichen Zwang zur Selbstverdinglichung zu beugen, sich also zu sich selbst als Arbeitskraft zu verhalten und sich an Maßstäben zu orientieren, die durch die kapitalistische Gesellschaft vorgegeben werden?⁸

An der Uni könnte eine Absage an ein fremdbestimmtes Leben ganz praktisch eingeübt werden, fremdbestimmt nicht schlicht von irgendwelchen Personen, sondern von Personen, die sich innerhalb gegebener Gesellschaftsstrukturen bewegen, die letztendlich, soll der Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben für alle durchgesetzt werden, ebenfalls zu überwinden sind.

⁸ Wobei natürlich immer berücksichtigt werden sollte, in welcher privilegierten Position mensch sich befindet, solche Entscheidungen treffen zu können.

Was tun?!

In dieser Broschüre wurden einige Themen angeschnitten, die zeigen, dass ganz grundsätzlich etwas schief läuft. Nur: Was tun gegen Burschenschaftler am Campus und kapitalistische Verwertungslogik in Deinem Leben?

Wir haben Orte vorgestellt, an denen eine andere Lebenspraxis erfahrbar und ein kritischer Austausch über die gesellschaftlichen Verhältnisse stattfindet. Aber sich den Verhältnissen entziehen zu wollen, indem mensch sich in Freiraum-Projekten verschanzt, ist natürlich ein move, der Rückzug bedeutet. Stattdessen heißt es, sich der politisch verordnete Konsumentenhaltung an der Uni und sonst wo mit selbstbestimmtem Handeln entgegenzustellen und theoretische Kritik zu entwickeln und praktisch werden zu lassen:

Es gibt mannigfaltige Möglichkeiten, sich zu organisieren und Widerstand zu leisten: Von der Selbstorganisation von Veranstaltungen und (Uni)Cafés über „Umsonst-Mensa“ und das Boykottieren von Anwesenheitslisten bis zur Organisation von und in politischen Gruppen.

So, get the party started!



Exit!

Ein Wegweiser anderer Art

Der voranschreitenden repressiven Umstrukturierung des städtischen Lebens, die sich nicht erst seit gestern bemerkbar macht und fast überall immer weitere Einschränkungen des alltäglichen Lebens zur Folge hat, begegnete die kulturelle und politische Szene Frankfurts mit zahlreichen Besetzungen und dem Aufbau alternativer Wohn- und Lebensräume. Solche selbstverwalteten Häuser und Kultur-Zentren sind zentrale Dreh- und Angelpunkte eines Lebens fern ab von Marktlogik und Verwertungszwang. Dieser kurze Text soll dir einen kleinen Überblick über solche Freiräume und Entwicklungen in Frankfurt bieten....

Das CAFÉ EXZESS ist ein solches Zentrum - Freiraum für Konzerte, die Dramatische Bühne und diverse Partys, Spielplatz für Kreative und Engagierte. In dem vor 21 Jahren besetzten, mittlerweile legalisiertem Haus, nahe dem Campus Bockenheim, findet sich ein Ort für politische und kulturelle Zusammenarbeit von Gruppen, in dieser Funktion nicht zuletzt gefördert durch den beherbergten Infoladen Frankfurt.

Regelmäßige Termine:

Sonntag	Infoladen	12 bis 16 Uhr	
Montag	Kneipenabend	ab 19 Uhr	
	Infoladen	18 bis 22 Uhr	
Dienstag	Antifa-Jugendtreff	18 Uhr	
Mittwoch	gelegentlich Café Antisistema		
Donnerstag	FrauenLesbenKneipe	ab 20 Uhr, nur für Frauen	
Freitag,	gelegentlich Kneipenabend		siehe Monatsprogramm

Kontakt:

Café ExZess

Leipziger Straße 91

D-60487 Frankfurt/Main

E-Mail: infoladen-frankfurt@gmx.de

<http://www.infoladen.net/ffm/exzess.htm>

Neben dem ExZess macht die Au dem Besetzen alle Ehre. Das am längsten besetzte Haus Hessens (squatted since 4 June 1983) ist international bekannt und bereichert in seinem Dasein als autonomes Wohn-und Kulturprojekt samt Bauwagenplatz die Subkultur Frankfurts. Jeden Juni feiert mensch mehr oder weniger exzessiv dessen Geburtstag beim legendären Aufest. Um die 2000 Gäste erfreuen sich dann an Konzerten und dem genialen Au-Buffer. Und wer nicht nur einmal im Jahr das Festessen in der guten alten Au genießen will, der geht unserer Empfehlung nach und besucht die Vokü, jeden Donnerstag von 20:00 – 02:00 (die Bar ist bis 2h geöffnet).

Kontakt:

In der Au 14-16

D-60489 Frankfurt/Main

<http://www.au-frankfurt.org/>

Ein weiteres Wohn-und Kulturprojekt ist das Institut für vergleichende Irrelevanz, kurz IVI. Gegenüber dem Senckenbergmuseum am Bockenheimer Campus findet sich ein Stück Geschichte anderer Art. Das IVI lebt seit fünf Jahren und ruft damit die Kämpfe der Sudis während des Protestsommers 2003 in Erinnerung. Mit der Gegen-Uni eröffnet das IVI jedes Semester den Zugang zu gesellschaftskritischen Veranstaltungen jenseits solcher immer seltener werdenden Möglichkeiten im regulären Uni-Betrieb. Darüber hinaus lassen die IVI-Partys nichts zu wünschen übrig: wer kein Freund von Großraumdiscos und Dresscodes ist, dafür aber Bock auf Trashiges und Nicht-Marktgängiges hat, ist im IVI an der richtigen Adresse:

Kontakt:

Kettenhofweg 130

D-60054 Frankfurt/Main

kette130@gmx.net

<http://www.copyriot.com/raumspiel/>

Regelmäßige Termine:

Mi Abend: Key_osk

Die neuste Reaktion auf Repression und Umstrukturierung spiegelt sich in der Besetzung des ehemaligen JUZ Bockenheim wider. „*Faites votre Jeu!*“ nennt sich die Initiative-ein Zusammenschluss junger Menschen, die das ehemalige JUZ Bockenheim in Frankfurt seit dem 2. August 2008 wieder in Betrieb genommen haben. In dem Gebäude in der Varrentrappstraße 38 soll ein selbstverwaltetes, unkommerzielles Zentrum entstehen. Es soll zu einem Treffpunkt für Menschen werden, die hier gemeinsam an Kunst- und Kulturprojekten arbeiten und Raum für politische Diskussionen und Lesungen bieten. Neben Ateliers und Proberäumen entstehen u.a. ein Fotolabor sowie Gruppen- und Gemeinschaftsräume, die kostenlos genutzt werden können.

Dieses Gebäude wurde bewusst gewählt, da es zum einen als Sinnbild der städtischen Politik dient, in der immer weniger Raum für autonome und der Marktlogik nach nicht verwertbare Projekte zur Verfügung steht, während auf der anderen Seite immer mehr Gebäude leer stehen und nicht genutzt werden. Außerdem bietet es ausreichend Platz für die Vielzahl an geplanten Projekten und ist damit perfekt für die Zwecke der Besetzer_innen geeignet. Dem Prozess der Normierung und Kontrolle des urbanen Raumes, begegnen sie mit der Spontantät eines selbstverwalteten Zentrums und bemühen sich so, Brüche in der gesellschaftlichen Totalität aufzuzeigen.

Regelmäßige Termine:

- Dienstag:** Schüler_inne-Cafe
Lounges/Barabend ab 20h
- Mittwoch:** Vokü, 19uhr
- Freitag:** 18h, offenes Tai-Bo-Training
- Sonntag:** Fragwürdiger Filmabend

Kontakt:

Faites votre jeu!
Varrentrappstr. 38
D-60486 Frankfurt/Main
E-Mail: faitesvotrejeu@yahoo.com
<http://faitesvotrejeu.blogspot.de/>

Für alle diejenigen, die zwischen den Vorlesungen mal eine Pause brauchen, oder dringend einen Kaffee, empfiehlt es sich ins Turmcafé zu gehen. Das TuCa bietet einen Platz zum Lesen, freie Zeit erleben, einfach mal ausnahmsweise chillen,. Wer dem Unistress entfliehen will, geht einfach ins Exil. Das selbsverwaltete StudiCafé bietet u.a. Getränke zum Selbstkostenpreis. An alle Kaffee-und Teejunkies, an alle Raucher unter euch: 5.Stock, Uniturm am Bockenheimer Campus!

Nicht jeden Termin gemerkt?? Kein Ding, gibt´s alles und noch mehr zum Nachlesen im Untergrund:

Der Untergrund ist ein alternatives Programm, in dem die selbstverwalteten Zentren und Projekte in Frankfurt und der weiteren Umgebung ihre Termine und Veranstaltungen veröffentlichen.

Immer einen Blick wert, egal ob es sich um Konzerte, Partys, Lesungen, Info-oder Diskussionsveranstaltungen handelt.

<http://www.copyriot.com/untergrund/>

Walk this way!

Seminarrauswurf ?!

Du hast grundsätzlich das Recht an jeder Vorlesung bzw. Seminar teilzunehmen. Sollte ein Seminar überfüllt sein, bestehe auf deinem Recht auf Teilnahme, auch wenn dies dem/der Prof. unter Umständen zunächst nicht passt. Weitere Infos erhältst du auf:

www.seminarrauswurf.de

Ein Bund fürs Leben: Studentenverbindungen

In vielen Universitätsstädten gehören sie zum Alltag: Verbindungsstudenten¹. Sie wohnen in großen alten Häusern, vor denen Fahnen hängen, die mit „Gott, Ehre, Vaterland“ beschriftet sind und treffen sich zum Fechten und Kampftrinken.

Wie deutliche Unterschiede zwischen den Verbindungen bestehen, ist auch nicht jeder Verbindungsstudent ein Burschenschaftler. Dennoch haben sie viele Gemeinsamkeiten wie die sog. „abgestufte Mitgliedschaft“. Vom Fux, über den Burschen führt die Entwicklung eines jeden normalisierten Verbindungsstudenten zum „Alten Herrn“. Diese gealterten Mitglieder finanzieren in erheblichem Maße die Verbindungshäuser, so dass die Studentenverbindungen mit billigen Wohnmöglichkeiten ködern.

Unterschiede bestehen bspw. zwischen „schlagenden“ und „nicht schlagenden“ Verbindungen. Die Mitglieder „schlagender Verbindungen“ fechten und erhalten dabei nicht selten zurückbleibende Narben im Gesicht. Diese Schmisse gelten als ehrenhaftes Erkennungszeichen. Burschenschaften verstehen sich im Gegensatz zu vielen Studentenverbindungen offen als politische Organisationen.

Die innere Struktur und Organisation von Verbindungen und insbesondere Burschenschaften fördert antiegalitäres Denken. Dieses definiert sich durch die Abgrenzung zu allem anders Seiendem, trägt zu einer Selbststilisierung als Elite bei und produziert letztendlich eine Ideologie, die nicht selten in Nationalismus, Sexismus, Rassismus etc. mündet.

Ihre Abgrenzung erfolgt über verschiedene Definitionskomponenten, wie z. B. die gefühlte Zugehörigkeit zum „deutschen Volk“. So gelten für manche Studentenverbindungen Österreicher durchaus als Deutsche, Deutsche mit ‚dunkler Hautfarbe‘ jedoch nicht. Nach der völkischen Ideologie, die den Kern des burschenschaftlichen Denkens bildet, ist das „Deutschsein“ nicht am Besitz der Staatsbürgerschaft gemessen wird, sondern wird an den Herkunftsorten der Vorfahren und ihrer kulturellen Brauchtümer festgemacht. In einer Festrede der Münchner Burschenschaft Danubia sagte beispielsweise Dr. Hand Merckel:²

„Die Kritik an der Ausländerpolitik ist vielmehr geboren aus der tiefen Sorge um unseren inneren Frieden und um unsere deutsche, christliche, abendländische und uns Heimat vermittelnde Identität.“

¹ Verbindungen werden von vielen per se als politisch rechte Zusammenschlüsse betrachtet, und leider muss Burschenschaften auch eine zentrale Bedeutung „an der Schnittstelle zwischen Rechtsextremismus, legalem Deutschnationalismus und (Neo-)Nazismus“ beigemessen werden. Dennoch soll an dieser Stelle nicht allen Verbindungen unterstellt werden, dass sie rechts seien, vielmehr soll deutlich gemacht werden, dass sie nicht dem rechtem Spektrum zugeneigt sein müssen, um kritisiert werden zu können.

² Nach Burschenschaften & Studentenverbindungen, apabiz

Diese Art des rassistischen Denkens weist in vielen Fällen erhebliche Schnittstellen zu nationalsozialistischen Ideologien auf, auch wenn sie nicht immer in dieser münden. Denn, das kritikwürdige an Verbindungen ist nicht, dass sich Nazis in ihren Kreisen tummeln, die Kritik ist vielmehr, dass gewöhnliche deutsche Normalitäten dort in Reinform kultiviert werden können. Trotzdem - oder gerade deswegen - reproduziert diese Form völkischen Denkens immer auch Antisemitismus, da „die Juden“ nicht als Religionsgemeinschaft, sondern als Volk betrachtet werden. Der Widerwille gegenüber allen anderen „Völkern“ wird daher auch auf „die Juden“ angewandt.

Ein weiterer ideologischer Kritikpunkt der Verbindungstraditionen findet sich in den dort reproduzierten Geschlechterbildern. Verbindungen sind meist rein männliche Zusammenschlüsse und sehen Frauen, die schön auszusehen haben, primär als Begleitung an einem netten Abend an. Zwar hat sich mit der Studierendenbewegung auch das Verbindungswesen minimal geändert und es sind ein paar Gemischte- und Damenverbindungen entstanden. Die Aufnahme von Frauen in Verbindungen wird jedoch weitestgehend abgelehnt. Ob die Burschis ihre vorherrschende Ideologie von männlicher Macht und Stärke und somit die Tradition der Verbindungen durch die von Ihnen als weiblich definierte Emotionalität der „eindringenden Frauen“ in Gefahr wähen?

Fachschaft Wirtschaftswissenschaften

E-Mail: fachscha@wiwi.uni-frankfurt.de

Fachschaft Gesellschaftswissenschaften

Email: fachschaft-fb03@gmx.de

Fachschaft Erziehungswissenschaften

E-Mail: info@fachschaft04.de

Fachschaftsgruppe Psychologie

Email: fs@psych.uni-frankfurt.de

Fachschaftsgruppe Sport

E-Mail: info@sportlichattraktiv.de

Fachschaft Geowissenschaften / Geographie

Geo-Kummerkasten@gmxdotde

Fachschaft Physik

Email: kontakt@fachschaft.physik.uni-frankfurt.de

Fachschaftsgruppe Biochemie

E-Mail: fs-biochemie@yahoogroups.de

Fachschaftsgruppe Chemie

E-Mail: fs-chemie@uni-frankfurt.de

Fachschaft Biologie

E-Mail: fachschaftbio@web.de

mehr Infos auf:

http://www.uni-frankfurt.de/org/stud_sch/index.uhtml

EINE BROSCHÜRE DER CAMPUSANTIFA



campusantifa.blogspot.de

**Mit freundlicher Unterstützung des
AStA Frankfurt**

AStA

Allgemeiner Studierendenausschuss

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M.